

Claus Leggewie

Leben und arbeiten in der Region

Rationalisierung, gewerkschaftlicher Massenprotest, alternative Wirtschaftspolitik und Wandel der „industriellen Kultur“ am Beispiel der französischen Stahlindustrie.

1. Einleitung

Nach den jüngsten Tarif- und Arbeitskonflikten in der BRD, besonders in der Metall- und Druckindustrie, ist (u.a. in der Prokla) die Frage gestellt worden, ob eine „neue Phase der Gewerkschaftspolitik“ begonnen habe, als deren Kennzeichen offensivere Interessenwahrnehmung, bewußtere Koordinierung in Branchen und Betrieben (sowie zwischen diesen) und der konsequentere Rückgriff auf unmittelbare betriebliche Erfahrungen angegeben werden. Es scheint Anzeichen dafür zu geben, daß Rationalisierungs- und Krisendruck nicht mehr rein passiv verarbeitet und individualisiert wird. Das häufig gebrauchte Bild von der „Friedhofsruhe“ relativiert sich damit – allerdings nicht so weit, daß daraus schon „krisenoptimistische“ Überzeugungen, gar mit systemüberwindender Dimension, abgeleitet werden könnten. Wacker (1979) und Esser u.a. (1978, 1979) haben konstatiert, daß die von der Strukturkrise besonders hart betroffenen Arbeitergruppen auf betrieblicher und gewerkschaftlicher Ebene eher zu resignativ-individualistischen Haltungen bzw. zur Integration in asymmetrische Krisenregulierungskartelle (zuungunsten der betroffenen Arbeitergruppen) tendieren.

Als Erklärung dafür geben Esser u.a. in ihrer Analyse der Stahlkrise im Saarland neben allgemeinen Gründen (Begrenzung des Widerstands- und Solidarisierungspotentials durch Konkurrenz um den Arbeitsplatz, Primat kurzfristiger Sicherungsstrategien) *spezifisch westdeutsche Momente* der Krisenverarbeitung an: nämlich das Fehlen antikapitalistischer „Organisationen der Arbeiterbewegung“, die „dem vorherrschenden kapitalistisch-bürgerlichen Deutungsmuster des sozialen Geschehens eine alternative theoretische Analyse der kapitalistischen Gesellschaft, alternativ sozialistische Lösungen entgegenstellen“, weiterhin das Fehlen der Politisierung des industriellen Konflikts, d.h. der „politische Arm, der auf der Ebene des Parlaments antikapitalistisch-sozialistische politische Positionen hätte formulieren und durchsetzen können“ (1979:91). Fazit: „... eine korporatistische Gewerkschaftsbewegung, die sich traditionell auf den Staat fixiert hat, ist zur Entwicklung autonomer Strategien einstweilen nicht imstande.“ (96) Die sektorale Strukturkrise hat hierzulande nicht stabilitätszerstörend gewirkt und auch keine nachhaltigen Neuorientierungen der Gewerkschaftsstrategien nach sich gezogen. Die akute Existenzbedrohung im Verlauf der Krise wurde nicht durch zeitlich, sozial oder sachlich verschobene Kollektivstrategien (nach Brandes 1977 und Esser u.a. 1978: 128 ff.) antizipiert bzw. entschärft; einzig das „politische System“ der BRD werde zunehmend „anfechtbarer“ und instabiler (1).

Esser u.a. verstehen ihre Analyse „auf die BRD bezogen“ (1978:131). In bezug auf die *europäische Dimension* dieser Problematik ist nun zu fragen, ob und welche Differenzen in der Krisenregulierung und der Gewerkschaftspolitik der EG-Länder sich zeigen und in welche Richtung eine „Europäisierung“ der Krisenpolitik gehen wird. Denn trotz der anhaltenden Integrationskrise und der vielfältigen Reibungen im EG-Mechanismus erweist sich die Gemeinschaft – z. B. im Falle der Stahlkrise – als (weitgehend informeller) wirksamer Zusammenhang, in dem bestimmte strukturpolitische Strategien grenzüberschreitend im Sinne einer neuen inereuropäischen Arbeitsteilung konzipiert sind (2). Zu deren Erfolg ist der weitgehende Konsens der beteiligten Akteure (Staat, Unternehmen, Gewerkschaften) im Sinne des „Modell Deutschland“ vorausgesetzt. Vereinheitlichung der Gegenstrategien setzt spiegelbildlich dazu nicht nur oberflächliche Organisationskontakte oder Sammlung unter eingängigen Slogans („Europa der Arbeitnehmer“) voraus, sondern eine *reale* Konvergenz der verschiedenen Arbeiterorganisationen besonders auf gewerkschaftlicher Ebene.

In ihrer Untersuchung über die „grenzenlose Ohnmacht“ der Gewerkschaften angesichts der Internationalisierung des Kapitals haben Tudyka u.a. (1979) festgestellt, daß die „beträchtlich unterschiedliche Sozialgeschichte der verschiedenen Länder ... zur Herausbildung spezifischer nationaler Systeme von Arbeitgeber-Arbeitnehmerverhältnissen“ geführt hat – mit dem Resultat nationalstaatlicher Fixierung und je spezifischer Einbindung in divergierende Muster der Konfliktaustragung. In der BRD und der von ihr bestimmten EG-Kernzone haben sich für Tudyka u.a. „Systeme der Konsultation und Kooperation“ herausgebildet, die „international nur unbedeutend koordinierbar und jedenfalls nicht in eine internationale gewerkschaftliche Konfliktstrategie einzufragen sind“ (1979:159).

Es ergibt sich daraus die Frage, a) was in Ländern geschieht, in denen prononciert linke Organisationen der Arbeiterbewegung vorhanden sind und die beschriebene Dreieckskonstellation der Konzertierung zwischen Staat, Unternehmen und Gewerkschaften höchstens ansatzweise gegeben ist, also „Staatsfixierung“ wie in der BRD nicht vorhanden sein dürfte, und b) ob nicht-kooperative Gewerkschaften und Parteien eher in der Lage sind, den Internationalisierungsprozeß adäquat zu beantworten und einer europäischen und internationalen Orientierung über leerformelhafte Beschwörung hinaus zum Leben verhelfen können. Konkret ist weiter zu fragen, ob in ähnlich gelagerten Konfliktfällen einer sektoralen und regional zugespitzten Strukturkrise von nicht kooperativ ausgerichteten Gewerkschaften mehr „herausgeholt“ und die sich abzeichnende politische Destabilisierung von Linksparteien genutzt werden kann? Und welche Folgen hat dies gegebenenfalls für die Formulierung europäischer Gewerkschaftsstrategien und die Gestalt eines „Europa der Arbeitnehmer“? Als Möglichkeiten lassen sich hier angeben a) eine Ausstrahlung konfliktorientierter auf kooperationsfixierte Strategien, b) eine Europäisierung des „Modell Deutschland“, aber c) auch das Fehlen jeglicher grenzüberschreitender Diffusion und das Scheitern der Europäisierung gleich welcher Richtung (3).

2. Besonderheiten der französischen Gewerkschaften

Gemeinsam ist den beiden wichtigsten französischen Gewerkschaften CGT und CFDT – in Teilen auch den anderen Gruppierungen FO (sozialpartnerschaftlich und gegen den „politischen Streik“ eingestellt), CFTC (katholische Mutterorganisation der CFDT), CGC (Angestelltengewerkschaft) und FEN (Lehrergewerkschaft), die eher in ein westdeutsches „System der Konsultation und Kooperation“ hineinpassen würden – eine *linke, antikapitalistische Programmatik und Strategie*, aus der ganz deutlich hervorgeht, daß die Verantwortung für die gegenwärtige Krise bei Unternehmen und staatlicher Bürokratie liegt. Darüberhinaus verfolgen sie globale, teilweise auch operationalisierte sozialistische Zielperspektiven, die im Fall der CGT eher *wirtschaftsdemokratisch* (Nationalisierungen, demokratische Wirtschaftsplanung und Umverteilung zugunsten einkommensschwacher Schichten), im Fall der CFDT stärker auf *Selbstverwaltungssozialismus und Formen direkter Demokratie* orientiert sind. In diesen Formeln ist angedeutet die pluralistisch entfaltete Tradition des französischen Syndikalismus, dessen ideologische Unabhängigkeit von bürgerlichen Gesellschaftsvorstellungen sehr viel stärker als in Deutschland und nicht an parteipolitische Avantgardemodelle geknüpft ist, dessen Gewicht auch in proletarischen Subkulturen und Alltagszusammenhängen spürbar ist und dessen Tradition nicht durch den Faschismus (schon eher aber durch die „Modernisierung“ der französischen Nachkriegsgesellschaft) verschüttet wurde.

Dieses Image des Syndikalismus wurde in der BRD häufig als wohlfeiles Kontrastbild zu DGB und SPD eingesetzt. Eine differenziertere Betrachtung, die sich von idealisierenden Projektionen der beinahe allmächtigen französischen Arbeiterbewegung ebenso freihält wie von der umgekehrten Apologetik „pragmatischer“ Strategien, ist also erforderlich. Auf der einen Seite gehört zu der skizzierten syndikalistischen Tradition die Schwerpunktsetzung auf autonomer, vor allem betrieblicher Interessenvertretung und ein starkes Mißtrauen gegenüber allen Pazifizierungsprogrammen von seiten des Staatsapparates oder der (ohnehin schwächer ausgeprägten) Gewerkschaftsbürokratie. Das Erscheinungsbild der *Militanz* der französischen Arbeiterbewegung knüpft an der Empirie breiter und hart geführter Streiks, an der erwähnten ideologischen Dominanz linker Deutungsmuster und Zielperspektiven und am Typus des „militant“ als vorherrschender Ausdrucksfigur gewerkschaftlicher Praxis an. Dazu gehört auch das Überwiegen „qualitativer“ Forderungen nach Abbau und Überwindung der kapitalistischen Arbeitsorganisation Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre (4). Auf der anderen Seite zeigt ein Vergleich der durchschnittlichen *Arbeits- und Reproduktionsbedingungen von französischen Lohnarbeitern* mit denen der EG-Kernzone auf verschiedenen Ebenen einen deutlichen „Rückstand“. Dieser wird sichtbar bei den Arbeitsbedingungen am Arbeitsplatz (Indikatoren: Arbeitsschutzmaßnahmen, Unfallhäufigkeit, Dauer der Wochenarbeitszeit), bei der Höhe der direkten und indirekten Lohnzahlungen (einschließlich eines stärkeren Lohngefälles zwischen einzelnen Qualifikationsgruppen und Regionen), beim Ausmaß gewerkschaftlicher (betrieblicher und überbetrieblicher) Präsenz, Information und Mitbestimmung sowie schließlich beim arbeitsrechtlichen

Schutz. Dieser „Rückstand“ ist der französischen Arbeiterbewegung natürlich nicht subjektiv anzulasten, sondern er hat gute sozialhistorische Gründe. Die stärkere Konzessionsbereitschaft von Unternehmen in der EG-Kernzone beruht auf seit Jahrzehnten zunehmenden Konkurrenzvorsprüngen, die dann als indirekt auch auf Kosten französischer Lohnarbeiter erwirtschaftete Extragewinne an die folglich umso partnerschaftlicher ausgerichteten Fraktionen der dortigen Arbeiterschaft weitergegeben werden. Spiegelbildlich gering ist demgegenüber traditionell die Konzessionsbereitschaft französischer Unternehmer (vgl. Haupt 1976). Die konkrete Organisation der französischen Gewerkschaften war nun nie in der Lage, diesen Klassenkampf von oben erfolgreich, d.h. aber langfristig über Manifestationen punktueller Militanz hinaus, zu beantworten und entsprechende „Waffenstillstandslinien“ in industriellen Konflikten zu ziehen (außer 1936/37 und 1968). Militanz, Streikhäufigkeit und -dauer haben deswegen auch immer den Charakter des *Ersatzes* für institutionalisierte Konfliktaustragung; sie sind keineswegs grundsätzlich die „romanische“ Alternative dazu (vgl. Haupt 1978, Hartmann u.a. 1978).

Eine komparative Betrachtung westdeutscher und französischer Verhältnisse kann also nicht schlicht das Merkmal „Kooperation“ bzw. „Militanz“ in den Mittelpunkt stellen. Als Resultat der sozialhistorischen Entwicklung dominiert in der BRD in industriellen Konflikten ein höheres Maß an Verrechtlichung, das Ziele und Modalitäten der Tarifpolitik und die Reichweite der verhandlungsfähigen Gegenstände entsprechend bestimmt. Ob derartige Setzungen des Arbeitsrechtes materielle Gestalt annehmen, hängt weniger von der prozeduralen Perfektion des verrechtlichten Bereichs als von der aktuellen Kampfkraft der Belegschaften ab. In Frankreich dominiert hier stärker die „soziale Exekution“ (Sinzheimer) von Arbeitskonflikten, also „Interessenvertretung im rechtsfreien Raum“ (Däubler 1979: 118), die auch post festum nur rudimentär formalisiert wird. Der Vorteil liegt im stärkeren Solidarisierungseffekt bzw. -zwang der kollektiven Aktion und der darin enthaltenen Chance zur Überwindung von Ohnmachtserfahrungen. Auf der anderen Seite wird die Schwelle zur kollektiven „rechtsfreien“ Aktion umso höher, je größere Kriminalisierungs- bzw. Arbeitsplatzrisiken damit verbunden sind. Deswegen ist ein so langer Atem wie der der LIP-Belegschaft selten, so daß häufig einmal aufgerichtete Widerstandslinien in sich zusammenbrechen. Eine stärkere Verrechtlichung kann informelle Macht- und Loyalitätsbeziehungen zwischen Arbeitgebern und Belegschaften ansatzweise neutralisieren, ferner bringt sie (eine natürlich auch nicht unwiderfliche!) Festschreibung einmal erreichter Konzessionen und Konflikterfolge; dies gilt gerade für kleinere Betriebe, wie sie Frankreich aufgrund der niedrigeren Konzentrationsrate noch sehr viel häufiger hat. Die Kehrseite davon ist die Dauerverpflichtung auf „kooperative“ Lösungen und insbesondere der davon ausgehende Sozialisierungseffekt, der Gewerkschaften und Belegschaften häufig blind macht für die Ambivalenz der Verrechtlichung und die Begrenztheit des Arbeitsrechts auf die reine Zirkulation. Das Recht erfaßt auch den Lohnarbeiter vorrangig als Warenbesitzer, d.h. es klammert den Arbeits- und Produktionsbereich beinahe vollständig aus, während Merkmal der informellen kollektiven Aktionen häufig die Vermengung von zirkulations- und produktionsbezogenen Zielen ist. Daraus erklärt sich das zeitweili-

ge Vorrücken „qualitativer“ Gewerkschaftsstrategien in der Prosperitätsphase des französischen Kapitalismus bis 1974. Die damals erhobenen arbeitsplatz- und betriebsbezogenen Forderungen wurden auch zunehmend auf den Reproduktionsbereich („qualite de vie“) ausgedehnt, ebenfalls eine wichtige Innovation der französischen Arbeiterklasse mit oftmals geradezu „kulturrevolutionärem“ Anstrich, der die Organisationen häufig hinterherhinkten.

Als Folge der Krise und der staatlichen Einkommenspolitik traten diese Momente aber wieder zurück, genauso wie die Kampfbereitschaft der Belegschaften seit 1974 entschieden gesunken ist. Gleichzeitig mit dem Aufstieg der qualitativen Tarifpolitik bemühte man sich im öffentlichen Dienst (der heute aufgrund des geringeren Arbeitsplatzverlustrisikos regelmäßig Vorreiter bzw. Stellvertreter der tarifpolitischen Auseinandersetzungen ist bzw. sein soll) um eine progressiv ansteigende Lohnskala, mit der Inflationsverluste nicht nur ausgeglichen werden sollten, sondern gleichzeitig analog zum Produktivitätsfortschritt regelmäßige Reallohnzuwächse angestrebt wurden (5). Auch dieser Mechanismus ist in der Krise zum Stillstand gekommen; stattdessen versucht der Staatsapparat zur Realisierung der Austeritätspolitik die Gewerkschaften in Gestalt einer systematischeren Tarifpolitik in Pflicht zu nehmen.

Man sieht hier, daß unter dem Druck der weitgehend gleichläufigen zyklischen und strukturellen Krise sich die gewerkschaftlichen Strategien als *defensive* aufeinanderzubewegten. Ebenso wenig wie es in der BRD in der Prosperitätsphase gelungen ist, ausgehend von Legalismus, Staatsfixierung und Kooperation die *politische* Dimension von Mitbestimmung und Humanisierung zu akzentuieren, ist es von anderen Voraussetzungen aus in Frankreich möglich gewesen, „arbeitslogische“ Überwindungsstrategien über punktuelle Erfolge hinaus (wie bei Lip, in den „grèves significatives“ von 1972 und im Poststreik von 1974 zu realisieren.

3. Die französische Stahlindustrie

3.1. Der Weg in die Krise

Noch massiver als die BRD steht die französische Volkswirtschaft unter einem weltwirtschaftlich induzierten „Modernisierungs“zwang (6), der sich in scharfen sektoralen Strukturkrisen, vor allem bei Textil und Stahl, ausdrückt und gleichzeitig noch einschneidendere regionale Zuspitzungen in Nord-, Ost- und Südwestfrankreich erfährt. Die gesamtwirtschaftliche Situation läßt sich mit der im Vergleich zur BRD höheren Arbeitslosenquote und Inflationsrate umschreiben (7).

Seit 1976 verringert sich sowohl die private Nachfrage der Haushalte als auch die Staatstätigkeit, während sich die Gewinnsituation der prosperierenden Branchen erheblich verbesserte und die Selbstfinanzierungsmöglichkeiten generell anstiegen. Darin genau liegt die Logik und der relative Erfolg der Barre-Pläne. Mit ihnen wurde die exportorientierte Modernisierung der Branchenstruktur (Konzentration und Spezialisierung) und die Stabilisierung der lange Zeit defizitären Außenhandelsbilanz

und des Franc angestrebt; beides war Mitte 1979, u.a. durch erhebliche Senkung der Importnachfrage, erreicht worden. Innerhalb des Landes stagniert die globale Investitionstätigkeit; dafür gab es neue Wellen von Kapitalexport.

Die Steuerungsmöglichkeiten des Staatsapparates allerdings bleiben begrenzt; erstens aufgrund der Konkurrenzüberlegenheit anderer EG-Kapitale und außereuropäischer Unternehmen, zweitens aufgrund des vergleichsweise hohen Grades der passiven Internationalisierung der französischen Ökonomie. Beides reduziert den Handlungsspielraum der nationalen Wirtschaftspolitik.

Deutlich wird dies u.a. bei der Stahlindustrie, in der die aufgeführten gesamtwirtschaftlichen Trends besonders durchschlagen. Als wichtigste Strukturmerkmale und Trends, die zur Beurteilung der im Abschnitt 4 behandelten Konzepte alternativer Wirtschaftspolitik der französischen Linken wichtig sind, läßt sich folgendes festhalten:

1. Nach dem Ende des Stahlbooms zu Anfang der 70er Jahre, während dessen die *Produktionskapazitäten* auf 33 Mill. pro Jahr ausgebaut und neue Produktionsstätten an der Küste errichtet wurden, erfolgte 1974/75 ein Einbruch (- 16 %); gegenwärtig sind die Kapazitäten nur zu knapp zwei Drittel ausgelastet. Ursachen dafür waren erstens der generell unter den Erwartungen gebliebene innerfranzösische Stahlverbrauch, zweitens die europäische und japanische Konkurrenz, die produktiver und spezialisierter ausgerichtet sind und neuerdings auch durch Produzenten außerhalb der EGKS (v. a. Spanien) ergänzt werden, drittens der Rückgang der privaten und staatlichen Nachfrage (besonders der Bauindustrie) (8).

2. Die Zahl der *Beschäftigten* sank von 130.000 (1964) auf 110.000 (1974) und 93.800 (1977); gleichzeitig stieg die *Produktivität* von 133 to pro Jahr und Beschäftigtem (1968) auf ca. 200, wobei diese Entkoppelung nicht so drastisch war wie in anderen Ländern (s. Punkt 4). Ähnliches gilt für den Eisenerzbergbau (9).

3. Die *Konkurrenzposition* im Montanblock sank kontinuierlich ab; besonders deutlich sind die Handelsbilanzdefizite gegenüber Belgien, Luxemburg und der BRD. Bisher bestehende Positivsalden wie gegenüber Italien schrumpften; die positive Bilanz gegenüber den USA und Kanada sowie gegenüber Entwicklungsländern, besonders der Ex-Kolonien und dem Iran sind durch die starke Expansion japanischer Anbieter, Importsubstitutionspolitik (z. B. Algerien) und protektionistische Tendenzen im Welthandel ständig bedroht (10).

4. Die besonders im EGKS-Bereich bestehenden *Produktivitäts- und Angebotsdefizite* beruhen vor allem auf der während der 60er Jahre vergleichsweise (dafür jetzt umso drastischer) betriebenen Modernisierung der Produktionsanlagen. Zwar wurden personalintensive Anlagen im Konzentrationsprozeß stillgelegt, aber die Spezialisierung (11) und die Rentabilität der Investitionen (12) blieben unter dem europäischen und Weltmarktdurchschnitt.

5. Ähnlich wie im Saarland sind die Betriebsgrößen der ost- und nordfranzösischen Werke zu klein, die Anlagen technisch überholt; ehemalige Standortvorteile der Reviere (durch Rohstoffnähe) haben sich in *Standortnachteile* verkehrt (Fehlen von Wasserstraßen und Entfernung zur Küste), weswegen die Küstenstandorte Dunkerque und Fos/Marseille bevorzugt wurden. Die Branchenkrise hat deswegen harte

regionalwirtschaftliche Folgen in Form eines Domino-Effekts auf Zulieferbranchen, Handel und Dienstleistungen; in Lothringen ist durch das bereits erfolgte Schrumpfen der Textilindustrie sogar eine doppelte Strukturkrise gegeben. Der theoretische Standortvorteil für die französischen Unternehmen, der in den gesamteuropäisch niedrigen Lohnkosten liegt, kommt durch die genannten anderen Faktoren nicht zur Geltung (13).

6. Im Zuge der gaullistischen *Industriepolitik* schaltete sich der französische Staatsapparat aktiv in die Modernisierung und *Konzentration* der Branche ein, die heute im wesentlichen auf zwei Konzernen (Sacilor und Usinor) beruht. Die *Gesamtverschuldung* lag 1976 bei etwa 33 Mrd. FF (davon 7 Mrd. staatliche Subventionen); sie überstieg damit den Jahresumsatz um 104 % und war etwa sechsmal so hoch wie die der BRD-Branche. Das Ausmaß der Subventionen steht in keinem Verhältnis zu den erreichten Strukturverbesserungen.

3.2. Staatliche Sanierungspläne

Zwar blieben die Sanierungspläne in der Tradition der EGKS im wesentlichen nationalstaatlich orientiert, aber sie sind zunehmend in ein Geflecht von supranationalen und nationalen Lösungen integriert, in dem betriebswirtschaftliche Rentabilisierung, sozialpolitische Pazifizierung und weltwirtschaftliche Überlegungen auf widersprüchliche Weise miteinander kombiniert sind. In der ersten Phase der Stahlkrise (1975/76) führte der von der BRD ausgehende Druck einer „marktgerechten“ Restrukturierung der Branche unter dem Motto „Rette sich, wer kann“ zu großen Problemen für einige französische (wie auch englische, belgische und „süddeutsche“) Unternehmen. Als der Strudel die gesamte Branche zu erfassen drohte, kam es auf EG-Ebene zu einem Kompromiß zwischen „antidirigistischen“ und „protektionistischen“ Lösungskonzepten; im Rahmen des europäischen „Davignon-Plans“ wurde in Frankreich der 2. Ferry-Plan konzipiert, zu dem u.a. neben Schließungsmaßnahmen auch noch umfangreiche Modernisierungsprojekte gehörten (z. B. die Errichtung eines neuen Blechwalzwerks in Dunkerque, einer Stranggußanlage in Denain, eines OBM-Hüttenwerkes in Longwy usw.). Waren hier noch Ansätze einer umfassenderen industriepolitischen Konzeption zu erkennen, so setzten sich 1978 einzig die betriebswirtschaftlichen Sanierungs- und Kartellierungsstrategien durch; sie wurden entscheidende Variable der neuen innereuropäischen Arbeitsteilung und bestimmten auch die im weiteren Verlauf konzipierten nationalen Krisenpläne (Giroud-Plan 1978).

Im Mittelpunkt standen dabei radikale Betriebsstillegungen, innereuropäische, d.h. aber zunehmend konzern- und kartellinterne Spezialisierungen und Preisabsprachen, was seit 1978 wieder zu einem Anstieg der Stahlpreise und einer gewissen Erholung der Unternehmen führte. In der Konsequenz war dies die Revision der französischen Industriepolitik, die bislang Konkurrenzimpulse und Modernisierungsanstöße eher abgedefert weitergegeben hatte und protektionistisch war, jetzt aber auf der Linie des neugewählten Vorstands des Unternehmerverbands CNPF, der sich aus relativ prosperierenden Unternehmen rekrutiert, seine mittelständisch-„hexagonale“

Ausrichtung ablegt und auf die „multinationale Linie“ umschwenkt (vgl. N. O. Nr. 741, 22. 1. 79).

Bezogen auf die Stahlbranche entstand also folgendes Sanierungsprogramm (14), das 1978 ff. in Angriff genommen wurde:

- Die veralteten Anlagen in Nord- und Ostfrankreich werden weitgehend geschlossen; insgesamt erfolgt eine mittelfristige Kapazitätsreduzierung auf 27 - 28 Mill. t/Jahr.
- Dies bedeutet die stufenweise „Freisetzung“ von 25.000 - 40.000 Stahlarbeitern, für die staatlich organisierte individuelle Sozialpläne vorgesehen, betrieblich zu organisierende Experimente wie die 5. Schicht aber ausgeschlossen sind.
- Die weitere staatliche Subventionierung ist nach der de facto-Nationalisierung von 1978 gekoppelt an die Verbesserung der Selbstfinanzierung, u.a. durch Rückgriff auf den internationalen Kapitalmarkt, wozu eigens Finanzierungsinstitutionen (CAPA) geschaffen werden.
- Für die betroffenen Reviere sind langfristig Industrieansiedlungen vorgesehen, vor allem von Seiten der Autoindustrie (15).
- Die innereuropäische Arbeitsteilung wird moderat fortgeschrieben, d.h. die französischen Unternehmen konzentrieren sich weiterhin auf die Herstellung von Flachstahlprodukten (Produits plats), was die Fortsetzung der Defizite und Importzwänge bedingt, und den Austausch mit südlichen EG-Ländern (einschließlich Spaniens), was die Verringerung des gegenseitigen Austauschs mit Ländern der EG-Kernzone beinhaltet.

4. Gewerkschaftsstrategien und „alternative Wirtschaftspolitik“

Es soll nun untersucht werden, auf welche Weise die drohenden Stilllegungen und Entlassungen von den Belegschaften aufgenommen und beantwortet wurden, wie diese lokalen Reaktionen in regionale und nationale gewerkschaftliche Aktion umgesetzt wurden und wie sich das Problem der zunehmenden Arbeitslosigkeit auf die Stabilität des politischen Systems in Frankreich auswirkte. Für das Saarland kann man diesbezüglich feststellen, daß

- die Belegschaften sich nach anfänglicher Empörung und Aufbäumen durch die zeitliche Streckung der Rationalisierungsmaßnahmen und zumindest kurzfristige soziale Sicherung individuell beruhigen ließen,
- die lokalen und überörtlichen Gewerkschaftsinstanzen sich an der Sanierung kooperativ beteiligten und möglichst weitgehende Sozialpläne herauszuholen versuchten, die insbesondere ihren relevanten Mitgliederstamm intakt ließen und zufriedenstellten,
- keine weitreichenden konzeptionellen Veränderungen der Gewerkschaftsarbeit der IGM (einer Interessenvertretung von Belegschaften aus heterogenen von der Krise betroffenen Branchenteilen) oder der (oppositionellen oder regierenden) Sozialdemokratie erfolgt sind,
- daß schließlich die Saarkrise als sektoral und regional begrenzte dargestellt wer-

den konnte und in der Regel – trotz ähnlicher Revierprobleme und Regionen mit erheblich höherer Arbeitslosenquote – kein stabilitätszerstörender Demonstrationseffekt von ihr ausging, durch den die gängige Individualisierung der Arbeitslosigkeit und die globale Problemlösungskapazität des politischen Krisenmanagements nachhaltig in Frage gestellt ist.

In Frankreich scheint es – trotz unterschiedlicher Voraussetzungen und Verlaufsförmungen der Krise und erheblich radikalerer Konfliktäußerungen – im Endeffekt nicht anders zu sein.

4.1. *Das Beispiel Longwy (16)*

„Lothringen – Kämpfe, aus denen wir lernen können“ – dieser „express“-Titel vom März 1979 bezieht sich auf die massiveren und eruptiven Reaktionen der von Rationalisierung bedrohten Belegschaften im Becken (Bassin) von Longwy an der französisch-luxemburgischen Grenze. Im Winter 1978/79 gab es dort und anderswo (In Nordfrankreich, der Bretagne und anderen „peripheren“ Regionen des Landes) nämlich Äußerungen von Widerstand gegen die Vernichtung von Arbeits- und Lebenszusammenhängen, die teilweise über den Rahmen der „Legalität“ und auch die vorgegebenen gewerkschaftlichen Aktionsformen hinausgingen. In Longwy, einem Ort mit 60 000 Einwohnern, und Umgebung ist seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts (nach dem Verlust Lothringens an das Deutsche Reich) eine industrielle Monokultur entstanden (Rachot 1977), die das Bassin strukturell und phänotypisch beherrscht: rotschwarzer Staub von den alles überragenden Produktionsanlagen, eine Kette von Zuliefer-, Konstruktions-, Reparatur- und Transportbetrieben, dichtes Eisenbahnnetz, eine Reihe von Kleinhändlern und Supermärkten, kaum kulturelle, wenig Bildungs- und so gut wie keine gastronomischen Möglichkeiten – dafür eine proletarische Stahlarbeiter-Subkultur mit regionalem Anstrich („longoviciens“) mit generationenlanger Arbeitertradition an den Hochöfen und Walzstraßen, lebenslangen, von den Vätern auf die Söhne vererbten Betriebszugehörigkeiten. Die Frauen sind nur zu einem kleinen Teil außer Haus beschäftigt, weil es für sie kaum Arbeitsplätze im Bassin gibt. Die Durchschnittslöhne liegen weit über dem französischen Durchschnitt (Mindestlöhne 2.400 FF, O.S. verdienen ca. 3.500. Vorarbeiter 5.500). Die meisten Stahlarbeiter sind hochqualifiziert – für Longwy und die Hochöfen. Denn außerhalb Lothringens und der Stahlindustrie wären sie als zu speziell ausgebildete „metalllos“ kaum einzusetzen, und auf eine Bandarbeit in einer der vage zugesagten Ersatzindustrien im Automobilsektor verzichten sie gerne.

Die aktive Bevölkerung im Bassin beträgt z. Z. 37.000 Personen (von 105.000); bis 1981 soll vor allem durch die jetzt in Angriff genommenen Entlassungen von 6.500 Stahlarbeitern diese Zahl auf ca. 20.000 gedrückt werden. Bereits jetzt sind 3.000 Arbeitslose registriert. Seit 1972 sind 5.000 Arbeitsplätze wegrationalisiert worden, nur 800 neue sind dafür von staatlicher Seite geschaffen worden. Über Longwy ist also das Todesurteil gesprochen, ähnlich wie über andere Städte Lothringens, die in Antizipation dieses Urteils, z.B. in Thionville anlässlich einer „Aktion

ville morte“, sich bereits für einen Tag in Geisterstädte verwandelten (vgl. Le Monde, 16. 4. 1977). Die Produktionsanlagen von Usinor und Chiers-Chatillon werden etappenweise ganz oder teilweise geschlossen, denn anstelle der zunächst vorgesehenen Modernisierung durch den Bau einer modernen Anlage mit Oxygen-Direktreduzierung, die jetzt in Neuves-Maisons gebaut wird (17), wird Longwy nur noch mit zwei Walzstraßen für andere Standorte arbeiten. Das vom Usinor-Management ausgearbeitete Konzept bedeutet also Frühverrentung, das Absinken von Facharbeitern auf Rentner- und Hilfsarbeiterniveaus, für jüngere Arbeiter „Mobilitätswang“, Dauerarbeitslosigkeit oder fragwürdiges Durchlaufen von Umschulungsmaßnahmen, Bankrott von Kleinhändlern, Wegfall von Gewerbesteuern für die umliegenden Gemeinden usw., vor allem aber den Verlust der Identität der „metallo“ und „longoviciens“, die sehr wesentlich aus dem alles organisierenden Bezugspunkt Arbeit resultierte, an dessen Stelle sich jetzt soziale Abwertung, Resignation und Langeweile setzen werden.

Nach trügerischer Ruhe entlud sich diese schwarze Zukunftsaussicht der *Belegschaft* Ende 1978 in militanten Aktionen (18): geschlossene Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen, Betriebsbesetzungen, „Kommandoaktionen“ gegen Polizeistationen, Präfekturen, Industrie- und Handelskammern und Niederlassungen von Unternehmerverbänden, in Straßen- und Gleissperren, einem (allerdings kaum durchgeführten) Steuerstreik. Um die Bevölkerung in der Region und in ganz Frankreich von der lothringischen Situation zu unterrichten, besetzten CGT- und CFDT-Gruppen regionale Sender bzw. errichteten Piratensender. Die Gesamtstimmung war: „ras-le-bol“ und ein zunächst sehr starkes Selbstbewußtsein, daß man der geplanten Demontage tatsächlichen Widerstand entgegensetzen, die Logik der kapitalistischen Rationalisierung durchkreuzen und den lothringischen Funken auch auf das französische Pulverfaß überspringen lassen könne.

Die *lokalen Gewerkschaften* (in Longwy sind etwa zwei Drittel in der CGT, ein Drittel in der CFDT organisiert) organisierten die „Arbeiterwut“; sie bildeten eine „Intersyndicale“ (einschl. FO, CGT und FEN), die bis ins Frühjahr hinein trotz unterschiedlicher Lageeinschätzungen, Aktionsformen und -präferenzen sehr gut arbeitete, d.h. die Einheit der Belegschaften war gesichert und der Kontakt zur Bevölkerung des Bassin sehr gut. Die weit divergierenden Strategien der Pariser Gewerkschaftszentralen (s.u.) und die Vorgeplänkel des Europawahlkampfes ließen die Einmütigkeit und Entschiedenheit der lokalen Forderungen unbeschadet: keine Entlassungen, keine Lohnkürzungen, keine Verhandlungen, bevor das zugesichert ist — „sie werden keine Schraube von unseren Anlagen anrühren“. Techniker, Lehrer und Gewerkschaftler arbeiteten an einem Plan zur Rettung von Longwy, der die Kurzsichtigkeit der vorgesehenen Demontage sichtbar machen sollte und stattdessen Modernisierungs- und Ausbaumaßnahmen skizzierte. Niemand ließ sich auf die von Usinor vorgeschlagenen Verhandlungen in den Betriebskomitees ein, niemand akzeptierte die vom Arbeitsministerium vorgesehenen „Bassin-Komitees“; geschlossen war auch der Widerstand gegen die angebotenen individuellen Absicherungen und Scheinkonzessionen im Verlauf der auf höchster Ebene zwischen Staat, Unternehmen und Gewerkschaften eingeleiteten Verhandlungen: „sie versuchen nur, Zeit zu gewinnen und unsere Kampfkraft zu schwächen ...“.

Auf der *kommunal- und regionalpolitischen Ebene* waren die Mehrheiten in dieser traditionell „schwarzen“ Region (Thull 1976) seit den Kommunalwahlen von 1977 links; dieser Trend verstärkte sich bei den Kantonalwahlen im Frühjahr 1979. Von seiten der Parlamentarier kam aktive Unterstützung. Auch die praktizierenden Ärzte des Bassin boten eine Unterstützung an und legten u.a. eine Untersuchung über physio-psychische Störungen bei entlassungsbedrohten Familien vor. Selbst der lokale Klerus unterstützte die Kämpfe. Maßgeblich durch die Situation in Nord- und Ostfrankreich beeinflusst schien das „soziale Klima“ in Frankreich umzuschwenken. Die Häufung von Arbeitskonflikten und die anhaltend schlechten Beschäftigungsprognosen für 1979 und den Zeitraum des 8. Wirtschaftsplans ließen nach einer langen Phase knallhart und zynisch betriebener Austeritätspolitik optimistischere Lageeinschätzungen der Gewerkschaften aufkeimen (19) und ein höheres Maß an Nervosität und Konzessionsbereitschaft beim Staatsapparat erkennen. Der Honigmond des Wahlsiegs der Majorité von 1978 war untergegangen, und es grassierten ängstliche (20) oder aber euphorische Kommentare über die explosive oder gar vorrevolutionäre Lage in Frankreich. Gekoppelt war dies mit einem hastigen Angebot zu Neuverhandlungen über den Stahlplan und dessen soziale Folgen in „Dreierkonferenzen“ zwischen Arbeits- bzw. Industrieministerium, Unternehmerverband und Gewerkschaften, nachdem sich Staat und Unternehmen in den seit März 1978 angesetzten Verhandlungsrunden mit äußerst geringfügigen Zugeständnissen begnügen konnten; so wurden die Mindestlöhne – eine zentrale Forderung der Linksunion – nur geringfügig angehoben, Reallohnzuwächse hat es 1978 nicht gegeben und eine zentrale Säule der Sozialgesetzgebung, die 90prozentige Lohnfortzahlung für einige Arbeitslosengruppen über ein Jahr, wurde in ihrer Wirkungsbreite nicht ausgedehnt, sondern eingeschränkt. Bei den neuerlichen Dreierkonferenzen standen die Arbeiter buchstäblich vor der Tür, und die Steine von Longwy und Denain verfehlten ihre Wirkung nicht. Die CFDT-Gewerkschafter, die neben FO am entschiedensten für den Gang an den Verhandlungstisch plädiert hatten, brachten die „Wiederbelebung der Kombativität der Arbeiter“ (E. Maire) als unübersehbare Drohung mit: „(Industrieminister) Giroud und seine Generaldirektoren spazieren mit einem angezündeten Streichholz durch eine Pulverfabrik“ (21). Die Gewaltakte (u.a. wurde auf Polizisten geschossen) wurden dabei nicht abgeleugnet, auf Extremisten abgeschoben oder denunziert (wie von der CGT), sondern als „Gewalt mitten im Herz der Arbeiterklasse“ bekräftigt (22).

4.2. *Differenzen der gewerkschaftlichen Strategien bei CGT und CFDT*

Welchen Sinn solche Verhandlungen haben bzw. was ggf. stattdessen zu tun sei – über diese Frage ist es zwischen CGT und CFDT zu erheblichen Differenzen gekommen, die die lokalen Kämpfe eher unterminiert als im Sinne eines vitalen gewerkschaftlichen Pluralismus belebt haben. Letztlich ist es vom Effekt her weniger mit noch ohne Verhandlungen möglich gewesen, den sozialen Protest in Lothringen und Nordfrankreich zu stabilisieren, ihn auszudehnen und so Staat und Unternehmen

eine Alternative zur kapitalistischen Rationalisierung aufzuzwingen. Weder war die lothringische Detonation stark genug, um die Gegenseite am Verhandlungstisch nachhaltig aus der Ruhe zu bringen, noch initiierte die Massenarbeitslosigkeit eine Krise des politischen Systems mit entsprechenden Folgen für die Revision der Austeritätspolitik zugunsten alternativer Krisenüberwindungsstrategien der Linken. Um es auf eine knappe Formel zu bringen: In betrieblichen Kämpfen die Unternehmer unter Druck zu setzen und auf allen Ebenen diesen Druck in Verhandlungsgewinne und „Einstiege“ in alternative Formen der Ökonomie und Organisation ummünzen – das ist die zentrale Leitlinie der CFDT-„Doppelstrategie“; durch geschlossene Massenaktionen und die Politisierung der Kämpfe das Ende der Regierung der Rechten herbeiführen, das ist die Strategie der CGT (23). Unter dieser groben Formel sollen jetzt die Divergenzen näher untersucht werden.

Für die CGT ist es erforderlich, möglichst massiv die Opposition der Lohnabhängigen gegen die staatliche Austeritätspolitik zu organisieren, wobei Aktionstage, Branchen- und Generalstreiks in einer Periode allgemeiner Verunsicherung und Arbeitsplatzangst die angemessensten Ausdrucksformen dieses Widerstands und der Solidarität in den eigenen Reihen sind. Es muß in dieser Phase folglich jeglicher Schritt in Richtung „Klassenkollaboration“ vermieden werden, d.h. die Beteiligung an Verhandlungen dient letztlich dem Nachweis ihres Scheincharakters bzw. ihrer Unmöglichkeit. Vielmehr kann nur eine generelle Demokratisierung von Staat und Ökonomie die Forderungen der Arbeiterklasse, die hauptsächlich im Ausbau der Massenkaufkraft, der Reduzierung der Arbeitszeit und der demokratischen Organisation des Produktionsprozesses liegen, befördern. Diese allgemeinen Postulate lassen sich im Bezug auf die Stahlindustrie so konkretisieren:

- Es besteht keine Überproduktion, sondern Unterkonsumtion an Stahl, d.h. die Produktionskapazitäten müssen zur Deckung des Nachholbedarfs an Massenverbrauchs- und Investitionsgütern und unter Substitution von entsprechenden Importen auf ca. 35 Mill. T/jahr *ausgebaut* werden.
- Supranationale Lösungen werden zugunsten von nationalen Lösungsparametern abgelehnt, d.h. die Entscheidungsautonomie auf politischer und gewerkschaftlicher Ebene und ein im Kern nationaler Industriesektor müssen gewahrt bleiben; dafür besteht genug Spielraum.
- Verhandlungen mit staatlichen Institutionen finden unter taktischen Gesichtspunkten statt, d.h. um die Frontstellung zwischen Staat und Arbeiterklasse zu verdeutlichen und Kompromißpolitik zu denunzieren.
- Die Branchenauseinandersetzung muß integriert werden in ein allgemeinpolitisches Alternativprogramm zur Austeritätspolitik, zu dem an erster Stelle die Nationalisierung aller Schlüsselindustrien zählt (24).

Die Konzepte und Aktionsformen der CFDT sind im wesentlichen als Antwort und Alternative zu denen der im Montanbereich traditionell dominierenden CGT entworfen. Sie geht aus von der Wahlniederlage 1978 und einer herben Kritik (und Selbstkritik) am Attentismus der Linken (25), die alle Energien auf einen Wahlsieg und die Übernahme des Staatsapparates gelenkt und durch innere, die Gewerkschaften einbeziehende und polarisierende Polemik der Adressaten ihrer

Politik desorientiert hatte. So ist eine „Union von unten“ ebensowenig erfolgt wie der erhoffte „dritte Wahlgang“, der nach dem Scheitern der parlamentarischen Machtübernahme den sozialen Protest der von der Krise betroffenen Bevölkerungsgruppen geltend machen sollte. Vielmehr ist seither eine Art Friedhofsruhe eingetreten, weil die vormalige Fixierung auf die institutionelle Politik zwangsläufig in die Resignation geführt hat. Die Anbindung der CGT an die politischen Ziele des gemeinsamen Regierungsprogramms und die Linie der KPF hat die praktische Aktions-einheit mit autonom-gewerkschaftlichen Gruppen unmöglich gemacht.

Aus dieser die Veränderungen seit 1974/75 (Krise) und 1977/78 (Zerfall der Linksunion und Niederlage) berücksichtigenden Situationsbeschreibung folgt die Strategie der „Neuzentrierung“ (recentrage) der CFDT, die ihren Schwerpunkt wieder ganz auf die Verfolgung einer *autonomen* Gewerkschaftspolitik verlegt. Dazu gehört als wesentliches Element die Wiederbelebung betrieblicher Kämpfe, besonders im privaten Sektor, von denen durch die Erfahrung von Solidarität und Selbstverteidigung mobilisierende Wirkungen auf die Massen der Belegschaften ausgehen soll. Auf dieser Ebene ist der Adressat die jeweilige Unternehmensleitung. Die geringe Mobilisierung, die sich auf die fehlende Arbeitsplatzsicherheit und die alarmierende Welle von Betriebsstillegungen (1974: 1000 pro Monat, 1977: 1154, nach EP April 1978, S. 70) zurückführen läßt und sich in u.a. in der Stagnation bzw. im Rückgang der gewerkschaftlichen Organisierung bei CGT und CFDT erweist, soll durch die Etablierung der oben angesprochenen Kollektivstrategien, die gerade die CFDT seit 1968 programmatisch herausgestellt hat, wiederbelebt werden: Widerstand gegen Arbeitslosigkeit soll umfassende, gebrauchswertorientierte Teile eines „anderen Lebens“ einschließen, also auch die Reduzierung der Arbeitszeit, die Aufhebung der kapitalistischen Arbeitsteilung und der Fixierung der traditionellen „action revendicative“ auf den Produktionsbereich.

Kommt hier die CFDT programmatisch scheinbar widerspruchlos auf sich selbst zurück (26), so irritierte viele Kritiker sehr viel stärker das eindeutige Kooperationsangebot an Staat und Unternehmen nach dem März 1978, d.h. die Integration in die vom Staatsapparat eher zur Durchsetzung der Austeritätspolitik und zur Imageaufbesserung etablierten „politique contractuelle“, die durchaus Anklänge an die „Konzertierte Aktion“ aufweist, ohne freilich an deren Systematik heranzukommen. Ziel der Kontraktspolitik ist die Verhinderung von Reallohnverlusten (wobei lokale und nationale Tarifabschlüsse auch weit unterhalb der von der Linksunion geforderten Grenze von 2.400 FF Mindestlohn liegen), institutionelle Regelungen im gesamten Bereich der „sozialen Sicherung“ und Einbeziehung sozialer Folgekosten in Sozialpläne; sie ist eindeutig definiert als *Defensivstrategie*. In der Tendenz befürwortet die CFDT also die Etablierung institutioneller Dreiecksbeziehungen im Sinne der oben angedeuteten „Verrechtlichung“ des industriellen Konflikts, mit deren Hilfe die Gewerkschaften als Verhandlungspartner akzeptiert und die Reproduktionsinteressen der Arbeiter und Arbeitslosen pragmatisch abgesichert werden sollen (27). Diese „kooperative“ Politik wird durchaus im Seitenblick auf die Verhältnisse in sozialdemokratisch regierten Ländern West- und Nordeuropas betrieben (28); sie ist freilich nicht ohne die andere Komponente der Wiederbelebung basis-

(28); sie ist freilich nicht ohne die andere Komponente der Wiederbelebung basisorientierter Militanz zu verstehen bzw. zu beurteilen.

Diese blieb folglich Eckpfeiler der branchenbezogenen Aktionen von 1978/79 im Stahlsektor (s.o.). Im Unterschied zur Mehrheit der parlamentarischen und gewerkschaftlichen Linken sieht die CFDT keine Chancen einer „alternativen Wirtschaftspolitik“, die global oder insbesondere im Stahlsektor auf eine maximale Erhöhung des Wachstums und des Pro-Kopf-Verbrauchs und damit national abgesicherter Kapazitätsauslastung aufbaut. Sie stimmt jedoch nicht mit den von supranationaler und nationaler Seite vorgelegten Sanierungsplänen überein; so plädiert sie für die Erhaltung modernisierungsfähiger Produktionsbereiche einschließlich des Eisenerzbergbaus, ferner für den Ausbau der Produktion in den gegenwärtigen Importbereichen (produits longs, Flüssigstahl, s.o.). Dadurch können allein etwa 3.000 Arbeitsplätze erhalten werden. Ähnliches gilt für die Verbesserung der Integration des Stahlsektors, vor allem mit dem Verarbeitungssektor und der Investitionsgüterindustrie. Aber die Erhaltung der Stahl-Arbeitsplätze ist kein Ziel an sich; sie ist gebunden an die *sinnvolle* Ausnutzung der konservierten Kapazitäten, an perspektivischen Überlegungen zur Konversion und zur Neuorganisation des industriellen Arbeitsprozesses überhaupt, während eine reine Steigerung der Massenkaukraft darauf ceteris paribus eher konservierende Wirkungen hätte und ohnehin nicht automatisch dem Stahlsektor zugutekäme (sondern z.B. eher der Produktion von Farbfernsehern usw.) (29). Die Verkürzung der Wochen- und Lebensarbeitszeit ist deswegen eine Schlüsselforderung der CFDT; sie hat errechnet, daß die Einführung der 5. Schicht und der 35-Stunden-Woche (und damit die Erhaltung von 10.000 Arbeitsplätzen) ca. 6 v.H. mehr Lohnsumme erforderlich machen würde (bei Kosteneinsparung durch Verminderung von Arbeitsunfällen und der ruinösen Dauerbelastung und Frühverrentung). Dies könnte teilweise aus dem EGKS-Fond abgezapft werden. Wo Kapazitätsabbau erforderlich wird, sollen sinnvolle Umschulungsmaßnahmen erfolgen und frühzeitig Pensionierte sozial abgesichert werden.

Die Unterschiede zur CGT werden damit deutlich:

- Die CFDT bezweifelt die globale Unterkonsumtionsthese bzw. eine undifferenzierte Wachstumsstrategie, teilt aber die Analyse verschiedener Defizitbereiche im Stahlsektor. Simple protektionistische Strategien werden sowohl gegenüber Industrieländern als auch gegenüber Entwicklungsländern abgelehnt, da ansonsten Problemverschiebungen bzw. Widersprüche zu entwicklungspolitischen Zielsetzungen die Folge sind.
- Die EG-Sanierungspläne werden abgelehnt, ebenso die rein betriebswirtschaftlichen Restrukturierungen der Unternehmen, nicht aber die Notwendigkeit einer Diskussion über die Neugestaltung der internationalen Arbeitsteilung. Die Krise ist folglich für die CFDT nicht im nationalen Maßstab zu lösen; vielmehr setzen einzelne Ansätze geradezu die Beteiligung an EG-Entscheidungsprozessen (EGKS-Fonds, soziale Absicherung) und die Europäisierung der Krisenlösungen (35-h-Woche) voraus.
- Verhandlungen mit Staat und Unternehmen sind auch im Falle geringer Konzessionsbereitschaft zu führen, da sie auf jeden Fall die andere Seite unter Legi-

timationszwang stellen und auch geringe Erfolge festgeschrieben werden können. – Nationalisierungen als solche sind kaum als Lösung zu betrachten (30), wenn nicht das entscheidende Moment effektiver Arbeiterkontrolle hinzukommt, unter deren Einfluß auch eine alternative Lohn- und Tarifpolitik eine Überprüfung der Betriebshierarchien und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen möglich ist, und wenn nicht zweitens die Ziele der gesellschaftlichen Produktion radikal neu definiert werden.

Oben war schon erwähnt worden, daß aufgrund dieser grundsätzlichen Differenzen seit 1977/78 praktisch keine Aktionseinheit zwischen CGT und CFDT mehr möglich war. Man wird abwarten müssen, ob sich dies mit dem Abschluß eines solchen Bündnisses am 18. September 1979 tatsächlich und folgenreich geändert hat. In dieser Vereinbarung dominieren übrigens eindeutig „CFDT-Akzente“: „Wir haben drei Phasen vorgesehen: 1. die Aktion an der Basis in den Unternehmen; 2. Wenn sich die Bewegung in den Branchen ausdehnt und entwickelt, werden wir regionale Demonstrationen organisieren; 3. Wenn diese Aktionen einen wirklichen und tiefgreifenden Einfluß auf eine große Zahl von Arbeitern hat, dann fassen wir die dritte Phase, eine branchenübergreifende nationale Aktion ins Auge, immer hinsichtlich unserer drei Hauptziele (Erhöhung der Niedriglöhne, Arbeitszeitreduzierung, gewerkschaftliche Aktivität im Betrieb, C. L.). Wenn wir darin Ergebnisse vorweisen können, werden wir den Arbeitern wieder Vertrauen geben.“ (Edmond Maire in NO 24. 9. 79).

4.3. *Der „politische Arm“ der Arbeiterbewegung im Stahlkonflikt*

Wie die Forderungskataloge und Positionen der linken Gewerkschaften zeigen, haben die parlamentarischen Repräsentanten der Linken kein Monopol als „politischer Arm“ der Arbeiterbewegung. Zwar spielt die Frage der Nationalisierungen und der Bewältigung von allgemeiner und Branchenkrise eine erhebliche Rolle in der innerlinken Auseinandersetzung wie in der Formulierung des Gegensatzes zur Regierungspolitik; aber nach der Wahlniederlage von 1978 hat die oppositionelle Linke kaum ein Terrain gefunden, von dem aus der Vollzug der Austeritätspolitik mehr als propagandistisch zu stören gewesen wäre. So war etwa die Parlamentsdebatte über die Stahlkrise 1977 ein ergebnisloses Wortgeplänkel; die von Giscard d'Estaing angekündigte Aufwertung des Parlaments zu einem echten Entscheidungsgremium, in dem sich die Auffassungen der parlamentarischen Opposition ihrer Stärke angemessen vertreten lassen, hat niemals stattgefunden. So ist die parlamentarische Linke darauf angewiesen, ihre abweichenden Konzeptionen, die sich im wesentlichen in der Nationalisierungsforderung und einer auf Ausweitung der Massenkaufkraft abzielenden industriepolitischen Konzeption sowie in der Verstärkung des binnen- und außenwirtschaftlichen Protektionismus resümieren lassen, möglichst wirksam in den ihr zur Verfügung stehenden Medien zu vertreten und so das Profil einer wirtschaftspolitischen Alternative zu gewinnen, die nach einem anstehenden Machtwechsel (nach Lage der Dinge frühestens anläßlich der Präsidentschaftswahlen

1981) das Ruder herumwerfen könnte. Da bis dahin kaum institutionelle Mechanismen der Umsetzung einer starken parlamentarischen Opposition in faktische Partizipation an Regierungsentscheidungen (etwa nach dem Muster „Allparteienherrschaft“ in der BRD oder Italien) bestehen, ist die Linke auf die Mobilisierung außerparlamentarischen Drucks angewiesen, der auf den „Tag X“ zugeschnitten ist und solange bestenfalls auf die Wirkung innerer Widersprüche im Staatsapparat (v. a. des Gegensatzes von Giscardismus und Neogaullismus) vertrauen kann.

Wie im Bezug auf die KP bereits ausführlicher ausgeführt (31), haben die Krise des Kapitals und die damit verbundene Belastung des politischen Systems die linken Parteien ihrerseits in Allianz- und Legitimationsprobleme gestürzt. Trotz regelrechter Attacken auf das System der sozialen Sicherung und drastischer Preissteigerungen, zuletzt nach den Sommerferien 1979, ist die herrschende „Majorité“ kaum gefährdet, und wenn, dann eher aufgrund ihrer inneren Zerrissenheit als aufgrund der Attraktivität einer linken Alternative. Betrachtet man das „geistige Klima“ Frankreichs, dann muß man sogar von einer kräftigen Wende nach rechts sprechen. Somit muß das politische System trotz Massenarbeitslosigkeit und fallender Reallöhne immer noch als weitgehend stabil angesehen werden; daß dies auch auf inneren Problemen der Linken beruht, soll im letzten Abschnitt dargestellt werden.

5. Longwy: „Kämpfe, aus denen wir lernen können“?

Habe ich bisher stärker auf die innere Differenzierung der Positionen und Lösungsvorschläge der Linken hingewiesen, so gilt es auch, ihre *gemeinsamen Probleme* zu sehen, die ihre Wirksamkeit aktuell einschränken. Ich komme damit auch zurück zu den im ersten Abschnitt aufgeworfenen Fragen.

Auch in Frankreich ist es den Gewerkschaften bisher nicht gelungen, eine breite Mobilisierung in allen Branchen und Sektoren herbeizuführen und die punktuelle Mobilisierung in schließungsbedrohten Betrieben auf Dauer zu setzen und zu verallgemeinern. Das Verhältnis von Basiskämpfen und gewerkschaftlicher Dachorganisation bleibt damit problematisch. Am deutlichsten wird das bei der „Doppelstrategie“ der CFDT. Ihren Repräsentanten geht es in den verschiedenen Verhandlungsgremien darum, die Spezifika der eigenen Krisenlösungsvorschläge deutlich werden zu lassen, ohne sich aus den entscheidenden Veränderungsschritten in einer Position scheinbarer Stärke herauszuhalten. Eine direkte institutionelle oder ideologische Integration wie im „Modell Deutschland“ steht dabei, anders als von CFDT-Kritikern aus dem KP-Lager gern unterstellt wird, gar nicht auf der Tagesordnung. Aber schon im Vorfeld einer solchen Kooperationsstrategie entstehen Integrationskosten, die sich in Spannungen zwischen Gewerkschaftsführung und Basis ausdrücken. Bei den Debatten um die Zukunft von Longwy klappte nämlich ein Graben zwischen der Verhandlungsposition der CFDT-Metallarbeiterföderation und den CFDT-Kadern aus den betroffenen Betrieben; die einen akzeptierten die Notwendigkeit von Kapazitätsbeschränkungen, die anderen lehnten dies strikt ab und setzten sich auch gegen die Unterschrift der eigenen Konföderation unter den Sozialpakt in der Stahlindustrie zur Wehr.

Die von der CFDT (und von FO, CFTC und CGC, nicht aber von der CGT) unterschriebene Sozialvereinbarung, die im Juli 1979 nach deutlichem Abflauen der Kämpfe und dem Verschwinden des Stahlthemas aus den Schlagzeilen mit Staat und Unternehmensleitungen abgeschlossen wurde, ist im Vergleich zu den im Saarland erzielten Ergebnissen zwar ansehnlich, bezogen auf die ursprünglich aufgestellten essentials (minimale Kapazitätsreduktion, Arbeitszeitverkürzung, regionale Unversehrtheit Lothringens) aber kaum zufriedenstellend. Immerhin entfallen in der Stahlindustrie rund 21.000 Arbeitsplätze, 12.000 durch frühzeitige Pensionierung, möglich ab dem 50. Lebensjahr bei Fortzahlung von 70 - 79 % des bisherigen Lohnes und mindestens 2.400 FF, 4.800 durch Entlassungen mit Prämien in Höhe von 50.000 FF, der Rest durch innerbetriebliche oder externe „Umsetzungen“ (32). Die Arbeitszeit wird nur um eine Stunde verkürzt, d.h. die 35 Stunden-Woche und die fünfte Schicht werden nicht eingeführt. So also grob die Ergebnisse nach erheblich massiveren Protesten und weitgehenderen gewerkschaftlichen Forderungen als in der BRD. Zwar sind die ursprünglichen Radikallösungen abgemildert und die materiellen Kompensationen relativ günstig, aber der in der BRD verfehlt „Einstieg“ in nichtkapitalistische Rationalisierungsverarbeitung ist auch in Frankreich kaum erreicht worden. Anstelle kollektiver Strategien setzen sich also auch hier – nach anderem Beginn – individualisierende Krisenbewältigung, Segmentierung in Arbeitende und Arbeitslose und innerhalb der Arbeitslosen und wohlfahrtsstaatliche Sicherung durch, obwohl programmatisch in der CFDT stärker als in den meisten anderen Gewerkschaften Westeuropas kollektive und basisorientierte Strategien präsent sind.

Das billige Argument vom „Verrat“ ließ folglich nicht lange auf sich warten. Die CFDT-Repräsentanten selbst begründen ihr Votum für Minimalösungen mit der intransigenten Haltung von Staat und Unternehmen, die wiederum Ausdruck ihrer krisenbedingten Verhandlungsstärke sind. Einmal am Verhandlungstisch, steht aber die CFDT ihrerseits unter extremem Erfolgszwang. Die erzielten Resultate müssen zwangsläufig in demobilisierenden Formeln wie „realistisch“, „pragmatisch“ usw. „verkauft“ werden, was ebenso zwangsläufig den Unwillen oder die Apathie der betroffenen Arbeitergruppen hervorgerufen hat. Zwischen offensiver Basisstrategie und defensiver Verhandlungstaktik fehlt im praktischen Vollzug die Verbindung. Der innergewerkschaftliche Konsens, der in der Debatte um die recentrage z. B. auf dem 38. Kongreß in Brest wie selten zuvor gegeben war, dürfte so langfristig verloren gehen.

Nur scheinbar ist die CGT in ihrer Verweigerungsposition von solchen Demobilisierungsproblemen verschont geblieben. Hier entsteht zwar nicht das Problem der „Verantwortlichkeit“, eher die Chance zur (identitätsstiftenden) Denunziation kooperativer Strategien, aber die permanente Folgenlosigkeit der Opposition gegen die Austeritätspolitik und die Delegation der Veränderungsimpulse auf die politische Lösung (1981 oder später) zeitigt nicht weniger entmutigende Folgen. In der Tendenz kommt dies der Unterordnung gewerkschaftlicher Kämpfe unter wahltaktische Kalküls wie vor dem März 1978 und der Anbindung an die KPF als vorgeblich konsequentester Hüterin der Arbeiterinteressen gleich. Der Attentismus der Par-

tei und der Immobilismus der Gewerkschaft bedingen und verstärken sich so auf unglückliche Weise gegenseitig. Zwischenzeitlich führt dies erfahrungsgemäß zu einer weiter entmobilisierenden innerlinken Konkurrenz, die ihr Heil in der „Entlarvung“ sucht und reale Aktionseinheit ausschließt. Der gewerkschaftliche Pluralismus degeneriert unter diesen Umständen auf der nationalen Ebene ebenso wie auf der lokalen zur Rivalität und zum sturen Avantgarde- und Alleinvertretungsanspruch. Am deutlichsten war das anlässlich der Streitigkeiten um die Sinnhaftigkeit des „Marchés auf Paris“ am 26. März, den lokale Gewerkschafter aus Lothringen und die Pariser KP-Sektion veranstalteten und der von der CFDT nicht aktiv unterstützt wurde; in Longwy sind diese Querelen kaum verstanden worden.

Longwy hat dafür aber die aktuelle Problematik des Vertretungsanspruchs der Gewerkschaften allgemein sichtbar gemacht. Nicht etwa, daß sich die Gewerkschaften als proletarische Institutionen in Frankreich überholt hätten; die aktuellen Mitglieder- und Wählerverluste für CGT und CFDT erklären sich eher aus den gerade genannten Gründen der politischen Konjunktur, und es ist bekannt, daß die Organisationsstärke der französischen Gewerkschaften traditionell mit der Intensität der Klassenauseinandersetzungen variiert. Aber es springt der Kontrast ins Auge, der zwischen dem anfänglich harten Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze unter der Formel „Leben und arbeiten in der Region“ im Winter und der raschen und breiten Inanspruchnahme der individuellen Entlassungsprämien nach Abschluß der Sozialvereinbarung besteht. Insbesondere die lokalen Gewerkschaftskader waren darüber verwundert und verbittert. Die Lösung dieses scheinbaren Widerspruchs ist deswegen von zentraler Bedeutung für die Selbstreflexion gewerkschaftlicher Strategie. Die ursprüngliche Härte der Auseinandersetzungen resultiert aus der geschilderten Alternativlosigkeit zu den tradierten, um die Arbeit herum gruppierten Lebenszusammenhängen der Stahlarbeiter in den Revieren. Aber diese „Subkultur der Arbeit“ ist nicht mehr ungebrochen. Deswegen verfehlt auch der bedingungslose Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze, d.h. um den status quo, die Einstellungen vor allem der jüngeren Arbeiter, die jetzt geradezu erleichtert aus „dieser verfluchten Arbeit“ aussteigen, also nicht mehr an der alten Identität des „Reviere“ und der „Region“ kleben. Ein CFDT-Vertreter brachte diese Erfahrung auf den Begriff, daß es schwierig sei, „für die Arbeit zu kämpfen und gleichzeitig eben diese Arbeit infragezustellen“ (Liberation 26./27.6.79).

Die Revolte von Longwy hat die proletarisch-regionale Kultur des Reviere gleichzeitig bekräftigt und negiert; sie war geboren aus der Angst, ins soziale und persönliche Nichts abzugleiten, wenn „die Arbeit“ wegfiel, aber sie produzierte ebenso dringend die Frage nach deren Sinn und möglichen, jetzt auf vielfältige Weise und individuell gesuchten Alternativen. Ein schleichender Prozeß der kulturellen und sozialen Transformation hat die Wertvorstellungen der „longoviciens“ schon seit langem unterminiert. Die modische und dennoch überholte Parole der Gewerkschaften hat sie noch einmal zu retten versucht und damit ungewollt die Problematik des Zweifels an der Industriearbeit tabuisiert. Die vielen individuellen „Aussteiger“, die teilweise für ihre Prämien Schlange standen, machen ihnen jetzt deutlich, daß die Gewerkschaften ihren Vertretungsanspruch zum Teil auf einem Mythos auf-

bauen, der mehr und mehr verblaßt. Der schwierige Prozeß des Begreifens und Verarbeitens dieser Veränderungen ist damit eine weitere Voraussetzung der Durchsetzung autonomer antikapitalistischer Strategien, die den Kristallisationspunkt auf den Reproduktionsbereich verschieben; auch in Frankreich besteht aber noch das Problem der Deckungsungleichheit zwischen den traditionellen Zielen der Arbeiterbewegung und übergreifenden sozialen Bewegungen.

Auf einen weiteren Mythos setzen vor allem CGT und KPF, und sie können seiner Verbreitung in der französischen Arbeiterschaft sicher sein: den der nationalen Größe und Unabhängigkeit Frankreichs. Das hat eine doppelte Konsequenz. Erstens wird in den einschlägigen ökonomischen Analysen das Ausmaß der „Internationalisierungsbetroffenheit“ des Landes relativ gering bewertet, d.h. die Wirtschaftskrise wird eigentlich immer noch als *konjunkturelle Krise unter politischen Vorzeichen* verstanden. Der politischen Herrschaft der Rechten wird die Vernachlässigung von Produktions- und Wachstumspotentialen und der „Ausverkauf“ französischer an supranationale, vor allem deutsch-amerikanische Interessen angelastet (33). Zweitens – und darin besteht der andere Trugschluß einer immer noch von der „Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus“ geprägten Auffassung – liegt demnach der Hebel der Krisenlösung in der Optimierung des staatlichen Interventionsinstrumentariums nach außen und innen und in der Abkoppelung von supranationalen Institutionen. Diese Einschätzung hat Folgen für die Beurteilung der europäischen Integration, wie sie im Europa-Wahlkampf deutlich wurde. Die Polarisierung der parlamentarischen und gewerkschaftlichen Linken führte dazu, daß einerseits Sozialisten und CFDT-Gewerkschafter sich u.a. mit Kandidaturen (prominentestes Beispiel CFDT-Sekretär Moreau) in die von der Sozialdemokratie bestimmten, weitgehend kompetenz- und wirkungslosen Konsultativorgane des Parlaments, des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie den EGB integrierten (34), auf der anderen Seite KPF und CGT „Europa“ zum bloßen Vehikel germanophober Demagogie machten. Ein solches Vorgehen versetzt die „europäische Arbeiterbewegung“ in tendenziell nationalistische Frontstellungen und prädestiniert sie sicherlich wenig zur Bereitschaft zu neuen, internationalistischen Ansätzen betrieblicher und überbetrieblicher Solidarität und Klassenpolitik. Damit ist auch die Frage nach der Richtung der „Europäisierung“ der Gewerkschaftspolitik aufzugreifen; keinesfalls läßt sie sich eindeutig beantworten. Denn auf der einen Seite verbreiten sich in Frankreich und ganz Westeuropa Elemente des „Modell Deutschland“ über die Institutionalisierung von Konsultativorganen; die Gründe dafür sind angegeben worden. Eine Ausstrahlung konfliktorientierter Strategien ist umso weniger zu erwarten („Kämpfe, aus denen wir lernen können“), je weniger spektakulär die damit erreichten Erfolge sind. Die Norm bleibt aber wohl die nationalstaatliche Fixiertheit auf allen Seiten, die schon an den herrschenden Berührungspunkten und dem Unwissen über die jeweils andere Seite abzulesen ist.

Anmerkungen

- 1 Die erwähnten Kollektivstrategien sind gerade im Anschluß an spektakuläre Ereignisse in Frankreich ausformuliert worden. Zeitliche Verschiebung heißt Widerstand vor Eintritt der Arbeitslosigkeit, vor allem in der Form von Betriebsbesetzungen; soziale Verschiebung bedeutet Radikalisierung und Politisierung der Arbeitslosen im Zusammenhang mit anderen gesellschaftlichen Gruppen, d.h. zusammen mit den Arbeitenden; sachliche Verschiebung meint die Überwindung rein arbeits- und betriebsbezogener Forderungen in Richtung auf „mehr Lebensqualität“. Die von Esser u.a. angedeutete Störung des politischen Systems durch Arbeitslosigkeit müßte noch weiter präzisiert werden, wenn damit im Bezug auf die BRD mehr als ein möglicher *Regierungswechsel*, nämlich ein *Regimewechsel* gemeint sein soll.
- 2 s. dazu den Artikel von Klaus Busch in diesem Heft, der über Axt (1978) hinausgeht, ferner Leggewie (1979)
- 3 Neuerdings wird „Europa“ in den französischen Gewerkschaften rege diskutiert. Besonders hinsichtlich der 35 h-Woche zeigen sich die unterschiedlichen Bezugnahmen von CGT, CFDT und Fo; vgl. das KP-Organ „Economie et Politique“ (EP), Nr. 299, 1977, wo die Europäisierung der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung als Mittel ihrer *Verhinderung* bezeichnet wird, da sie die Existenz einer „nationalen Reserve“ (Frankreich hatte 1977 durchschnittlich längere Arbeitszeiten als alle europäischen Länder außer GB und Irland, nämlich 1862 h/Jahr im Vergleich zur BRD 1680 h/Jahr, weiterhin erheblich geringere Lohn- und Arbeitskosten) verschleierte. Zur Gegenposition der CFDT, die den westdeutschen Metallarbeiterstreik als Vorreiter einer „neuen Achse des sozialen Kampfes“ betrachtet, vgl. „CFDT-aujourd'hui“ Nr. 36, 1979, „Faire“ Nr. 49, 1979, S. 9; zur FO deren Vorsitzender Bergeron in einem Interview in „Nouvel Observateur“ (N.O.) Nr. 743, 5.2.79.
- 4 Nützliche Basisinformationen vermitteln Hartmann u.a. (1978), zum Typus des „militant“ Mothé (1973) und Reynaud (1975)
- 5 zur Kontraktpolitik im öffentlichen Dienst vgl. Leggewie (1977: 169 f.)
- 6 vgl. die Beiträge in Deubner u.a. (1979) und Le Monde 18. 4. 78
- 7 derzeit 1.4 Mill (Herbst 1976: 920.000, Schätzungen für die 80er Jahre zwischen 1.5 und 2 Mill.) bzw. 13 - 14 %.
- 8 Die benutzten Daten stammen aus CFDT, Avenir de la siderurgie, Paris 1979, dem „Statistischen Jahrbuch der Eisen- und Stahlindustrie“ (1966 und 1978), den von Eurostat hg. „Jahrbüchern Eisen und Stahl“ und den „Vierteljahresberichten“ sowie den EGKS-Bericht von 1978 „Die Investitionen in den Kohle- und Stahlindustrien der Gemeinschaft“, ferner aus EP Nr. 294 und 297. Vgl. auch Claußnitzer/Hanke (1979) und Axt (1978). Der Stahlverbrauch in Frankreich (nach der ersten Weiterverarbeitungsstufe) geht zu 20 % in den privaten Verbrauch (Autos 14 %, Haushalt 3 %), zu 22 % in den Bausektor, zu 35 % in die Investitionsgüterindustrie, zu 13 % in die Röhrenproduktion, vgl. „Avenir“, Anhang.
- 9 Dort sank die Beschäftigtenzahl von 19.300 (1963) auf 5.100 (1979), da brasilianische, mauretanische und schwedische Eisenerzimporte mit weit höheren Fe-Gehalten die einheimische Produktion verdrängten und die Exportmärkte in Belgien, Luxemburg und der BRD schrumpften. Der französische Anteil an der Weltförderung sank zwischen 1964 und 1977 von 10.7 auf 4.4 %.
Die Weltproduktions- und -exportanteile sanken zwischen 1967 und 1977 von 3.9 bzw. 10.9 auf 3.2 und 7.2 %; der Pro-Kopf-Verbrauch liegt gegenwärtig mit 450 kg deutlich unter dem EG-Durchschnitt (480) und dem der BRD (679). Die Produktivität liegt mit 10 h/t unter der Japans (6) und der der BRD (8).
- 10 Zu Italien und den „bresciani“ vgl. Busch; das Defizit gegenüber den EGKS-Ländern stieg bei Walzstahlerzeugnissen zwischen 1964 und 1974 von 1.1 auf 3.2 Mill. t, gegenüber der BRD von 0.4 auf 0.0 Mill. t.
- 11 Frankreich ist auf Flachstahlerzeugnisse, Walzdraht und andere Massenstahlsorten spezia-

lisiert, die andere Weltmarktkonkurrenten erheblich billiger produzieren können. Das Thomas-Verfahren wurde rund sechs Jahre später abgebaut als in der BRD, das Oxygen-Verfahren rund vier Jahre später eingeführt, vgl. „Avenir“ 1/4. Höherwertige Qualitäts- und Edeltähle sind also genauso vernachlässigt worden wie die vertikale Integration der Branche in Richtung auf Weiterverarbeitung; dazu ist auch die Produktion von Flüssigstahl und Halbprodukten zu gering.

- 12 „Von 1965 bis 1972/73 investierte z. B. die französische Stahlindustrie um die Hälfte mehr als die deutsche, der Produktionszuwachs lag aber ... bei nur 4.5 Mill. t, während er in der Bundesrepublik 7.2 Mill. t jährlich betrug“ (Axt 1978:173); die Rentabilität der Investitionen blieb im Verhältnis von 1:1.5 unter dem BRD-Durchschnitt.
- 13 Vgl. Le Monde v. 15.4.1977, ferner Moll 1970 und Burtenshaw 1976. Die Lohnkosten betragen 1975 5.99 RE, in Belgien 7.54, in der BRD 6.89. Zu Fos/Marseille vgl. Parodi 1977
- 14 Vgl. detailliertere Angaben in Le Monde vom 10./11.4. und 19.4.1977
- 15 Daß derartige Versprechen mit Skepsis zu beurteilen sind, zeigt die Analyse der französischen Regionalpolitik; u.a. ist es nicht gelungen, Ersatzinvestitionen im lothringischen Textilgebiet in nennenswertem Umfang unterzubringen.
- 16 Die folgende Darstellung beruht auf eigenen (unsystematischen) Beobachtungen sowie auf Erfahrungsberichten und Interviews (z.B. in „CFDT-Syndicalisme“, N. O.); vgl. in deutscher Sprache „links“ Nr. 112/113, 1979 und „göttinger nachrichten“ vom Juni 1979. Viel geholfen haben mir die Teilnehmer des Frankreich-Seminars im SS 1979 an der Universität Göttingen.
- 17 In Longwy heißt es dazu, daß dies eine politische Entscheidung gegen das „rote“ Longwy und für das der Rechten verbliebene Neuves-Maisons sei, d.h. daß hier der Einfluß regionaler Klientelbeziehungen gewirkt habe.
- 18 Dazu eine kurze Chronologie der Ereignisse in Lothringen:
April 1977: Ankündigung der Rationalisierungspläne, Parlamentsdebatte
1978 Konkretisierung der Pläne, Nationalisierungsforderungen
24.9.78: 24-stündige Arbeitsniederlegung, Protestveranstaltungen
28.12.78: Massendemonstration in Longwy
1979
Januar/Februar: Bahnhofs-, Gleis- und Straßenbesetzungen, „Kommandoaktionen gegen Polizeibüros, Büros von Industrieverbänden und Handelskammern und Präfekturen, Gründung von Radio-Stationen („S.O.S-Emploi“), Kinderdemonstration, 24-stündiger Generalstreik, Straßenschlachten
6.2.: Beginn der „Dreiecksverhandlungen“ zwischen dem Stahlindustriellenverband UIMM, Industrieminister Giroud bzw. Arbeitsminister Boulin und den Gewerkschaften
16.2.: Streik in der französischen Stahlindustrie (nur teilweise durchgeführt)
24.2./7.3.: blutige Straßenschlachten in Longwy und Denain
12. und 19. 3.: Kantonalwahlen mit Erfolgen der Linken
26.3.: Marsch auf Paris und Verschärfung der Kontroverse zwischen den Gewerkschaften
Juli: Unterzeichnung der Sanierungspläne und Sozialvereinbarung, Beginn der Entlassungs- und Umsetzungsmaßnahmen
Die in den Text eingeflochtenen Zitate entstammen Flugblättern.
- 19 Vgl. das Interview mit E. Maire (CFDT) in N. O. 10.2.79
- 20 Als Beispiel die Befürchtungen des RPR-Abgeordneten Poujade: „Was mich schockiert, ist, daß man eine tiefgreifende Bewegung unter der Oberfläche der französischen Gesellschaft spüren kann, die mit der vom Mai 68 hervorgerufenen vergleichbar ist.“ (N.O. 12.2.79)
- 21 So Cherèque, Sekretär der CFDT- Metallarbeiterföderation (N. O. 5.3.79)
- 22 ders. in N. O. 19.3.79
- 23 Vgl. die beiden Positionen in den Interviews mit Cherèque und seinem CGT-Antipoden Sainjon in N. O. 19.3.79. Die beiden Positionen werden im folgenden entwickelt nach „CFDT-Syndicalisme“ und den CGT-Organen „Le Peuple“ und „La vie ouvrière“. Zur

- Einordnung vgl. Hartmann u.a. (1978). Die CGT-Strategie aktualisiert sich im Herbst 1979, der als „heißer Herbst“ deklariert wird.
- 24 Vgl. E. P. Nr. 294, 1979, S. 33 zu den Übereinstimmungen mit dem KP-Programm für die Stahlindustrie. Dazu ist aber festzuhalten, daß in der CGT ein breites Spektrum von Meinungen besteht (und offener diskutiert wird als in der KP), vgl. die Vordiskussionen zum 40. Kongreß von Grenoble in *Le Peuple*, Nr. 1045 ff. Bez. der Stahlindustrie ist erwähnenswert die Abstimmung in der Exekutivkommission der CGT vom 3./4. April 1973, in der sich die differenzierte Position von Jean-Louis Moynet (KPF) gegen die offiziellen, grobschlächtigen Analysen der Partei durchsetzte.
- 25 Vgl. das übersetzte Interview mit E. Maire in „Kritik“, Nr. 20, 1978
- 26 Vgl. den Grundsatzartikel „L'autonomie: base de la demarche CFDT“ in: *CFDT-aujourd'hui* Nr. 34, 1978, S. 65 ff.
- 27 Im „Rapport au Conseil national“ der CFDT vom April 1978 heißt es: „Die Politik der totalen Verweigerung jeglichen Kompromisses und der Einkapselung in die Denunziation führt viele Arbeiter in die Passivität und überläßt das Feld den Lösungen der Unternehmer. Unsere Verantwortung besteht darin, alle Möglichkeiten wahrzunehmen, um die Situation der Arbeiter und Arbeiterinnen zu verbessern, diesem Fortschritt den Sinn des Erfolgs einer Massenaktion zu geben, und sich dieser Erfolge als Ausgangspunkt neuer Fortschritte zu bedienen“ (zitiert nach *CFDT-aujourd'hui*, Nr. 34, 91).
- 28 Vgl. die Beiträge im Themenheft von „faire“ Nr. 41, 1979
- 29 S. auch die Argumentation von Busch
- 30 Vgl. *Cfdt-aujourd'hui* Nr. 24, 1977
- 31 Vgl. meinen Artikel in *Prokla* Nr. 32, 1978. Die dort beschriebenen Tendenzen (Einigung, innere Polemik unter dem Banner des „Anti-Stalinismus“ bzw. „Anti-Sozialdemokratismus“, innere Flügelkämpfe, oft personalistisch zugespitzt) haben sich eher verstärkt, das jeweilige Mitglieder- und Wählerpotential hat sich noch stärker voneinander entfernt (d.h. die grosso modo weiterbestehende Zustimmung des Mittelstands zu den Sozialisten ist mit einem deutlichen Distanzierungsauftrag von der Linksunion verbunden, vgl. die Enquete in *N. O.*, Nr. 752, 9.4.79 und die in diese Richtung zielende Linie der Zeitschrift selbst); die Ansätze zu innerparteilicher Auflockerung in der KP sind durch die Parteibürokratie geschickt neutralisiert worden (vgl. den Mißerfolg des Publikationsorgans „maintenant“); aktuelle gegenseitige Versicherungen, die Linksunion müsse wiederbelebt werden, entbehren m.E. jeder realen Grundlage und sind rein taktischer Natur. „Scharnierinstanzen“ wie die CERES-Gruppe sind geschwächt. Auch hier wird zukünftig zu beobachten sein, welche Auswirkungen die Wiederbelebung der gewerkschaftlichen Aktionseinheit auf die politische Szene haben wird. Schon ihre Verkündung hat einiges in Bewegung gebracht und Legitimationszwänge erzeugt.
- 32 Vgl. *N.O.* Nr. 768, 30.7.79 und verschiedene Kommentare in „Liberation“ und „Le Monde“
- 33 So wird die EG in dem Interview mit dem KP-Europa-Abgeordneten F. Damiette (*E.P.* Nr. 298, 1979, 60 ff.) als Instrument der Monopole, besonders aus der BRD bezeichnet und von einer „neo-vichyistischen“ Anlehnung (Erinnerung an die Kollaboration des Vichy-Regimes 1940 ff. mit den Nazis) der französischen Großbourgeoisie an die BRD gesprochen.
- 34 In der Hoffnung, daß diese einmal reale Kompetenzen erhalten und „Europa“ als politische Sphäre überhaupt entsteht, vgl. die Stellungnahmen des PS-Sekretärs Rocard (*N.O.*, Nr. 760, 2.6.79), des CFDT-Programmatikers J. Juillard (Nr. 762, 18.6.79) und von E. Maire (a.a.O.)

Literatur:

- H.-J. Axt (1978), Stahlkrise und westeuropäische Integration. Die Krise – Hemmnis oder Triebkraft der Verflechtung? in: PVS 2, 1978, 157 - 200
- V. Brandes (1977), Arbeitslosigkeit in der BRD, in: Gesellschaft 10, 187 ff.
- CFDT – FGM (1979), Avenir de la siderurgie. Propositions de la CFDT, Paris
- R. Claußnitzer / H. Hanke (1979), Die Stahlkrise in Frankreich, in: IPW-Berichte, 5, 1979, 56 ff.
- D. Burtenshaw (1976), Problem Regions of Europe: Saar – Lorraine. Oxford
- W. Däubler (1979), Befreiung der Arbeit – Auf den Krücken des Arbeitsrechts?, in: Kursbuch 56, S. 111 ff.
- Chr. Deubner u.a. (1979), Die Internationalisierung des Kapitals. Frankfurt
- J. Esser u.a. (1978), Strukturelle Arbeitslosigkeit und politisches Konfliktpotential, in: Prokla 31, 115 ff.
- dies. (1979), Krisenregulierung – Mechanismen und Voraussetzung am Fall der saarländischen Stahlindustrie, in: Leviathan 1, 1979, S. 79 ff.
- express (1979), Lothringen – Kämpfe, aus denen wir lernen können. 3/79
- Chr. Hartmann u.a. (1978), Grundstrukturen gewerkschaftlicher Politik in Frankreich, in: W. Olle (Hrsg.), Einführung in die internationale Gewerkschaftspolitik, 2, 8 ff.
- H. - G. Haupt (1976), Zur Sozialgeschichte des Streiks in Frankreich, in: Leviathan 3/1976, 417 ff.
- dies. (1978), Schwierigkeiten mit Frankreich, Einleitung zu: Leviathan 1/1978, 1 ff.
- C. Leggewie (1977), Der öffentliche Dienst in Frankreich, in: G. Armanski / B. Penth (Hrsg.), Klassenbewegung, Staat und Krise. Konflikte im öffentlichen Dienst Westeuropas und der USA, Berlin, 158 ff.
- dies. (1978), Von der Krise des Kapitals zur Krise der Partei – Zur Entwicklung der KPF seit der „historischen Niederlage“ vom März 1978, in: Prokla Nr. 32, 5 ff.
- dies. (1979), Europa – vom Akkumulationsvehikel zum Krisenstab, in: links Nr. 111, 14 ff.
- P. Moll (1970), Das lothringische Steinkohlenrevier. Stuttgart
- D. Mothe (1973), Le metier de militant. Paris
- M. Parodi (1977), Les Multinationales en Provence – Alpes – Cote d'Azur, in: Peuples Méditerranéennes, 1, 1977, 33 ff.
- M. Rachot (1977), L'exemple de Longwy: la stratification industrielle de l'urbanisme en 1910, in: Monuments historiques de France, 3, 1977, 60 ff.
- J. - D. Reynaud (1975), Les syndicats en France. 2 Bde. Paris
- P. Thull (1976), Du Bloc lorrain aux présidentielles de 1974. L'esquisse d'une sociologie électorale de l'Est mosellan 1919 - 1974, in: L'est mosellan, Metz, 103 ff.
- K. Tudyka u.a. (1979), Macht ohne Grenzen und grenzenlose Ohnmacht. Ffm.
- A. Wacker (1979), Massenarbeitslosigkeit als Politisierungspotential, in: Prokla 35, 49 ff.